



IVL^{SH}-MAGAZIN

Zeitschrift der Interessenvertretung der Lehrkräfte ALLER Schularten und Laufbahnen
ISSN 2191 – 9070

Heft 17 / Dezember 2015



Redaktionsschluss für Heft 1: ##### 2016



Dienstunfähigkeitsversicherung

Der maßgeschneiderte Schutz
für Beamte

**Besonders
günstige Tarife!**

Dienstunfähigkeit kann jeden treffen!

Die gesetzlichen Leistungen sind in den vergangenen Jahren deutlich reduziert worden. Eine private Absicherung ist unerlässlich. Wir bieten Ihnen besonders günstige Tarife. Lassen Sie sich beraten!

Kundendienstbüros

Sabine Henning

Tel. 0451 45056123, Fax 0451 45056121
Fackenburger Allee 9, 23554 Lübeck

Norbert Schwengers

Tel. 0451 8104184, Fax 0451 8104185
Krepelsdorfer Allee 42-44, 23556 Lübeck

Heidi Orminski

Tel. 0451 5821370, Fax 0451 5821377
Ratzeburger Allee 111-125, 23562 Lübeck

Daniela Bievor

Tel. 0451 66902, Fax 0451 6110560
Arnimstraße 12 B, 23566 Lübeck

Jutta Peters

Tel. 04521 7900883, Fax 04521 7900884
Lübecker Straße 44, 23701 Eutin

Sandra Rebenstorf

Tel. 0431 35531, Fax 0431 35537
Holtenauer Straße 352, 24106 Kiel

Birgit Vermehren

Tel. 0431 726677, Fax 0431 726629
Schönberger Straße 24, 24148 Kiel

Anke Feldes

Tel. 04351 667755, Fax 04351 667757
Langebrückstraße 26, 24340 Eckernförde

Jutta Grimmelmann

Tel. 04321 2720, Fax 04321 22231
Hauptstraße 30, 24536 Neumünster

Thomas Korsch

Tel. 04331 22927, Fax 04331 21889
Friedrichstädter Straße 50, 24768 Rendsburg

Anke Feldes

Tel. 04621 27627, Fax 04621 20193
Am Lornsenpark 6, 24837 Schleswig

Andreas Beu

Tel. 0461 9403111
Fax 0461 9403110
Ochsenweg 17, 24941 Flensburg

Bettina Tempich-Braunhart

Tel. 0461 13093, Fax 0461 180092
Bismarckstraße 40, 24943 Flensburg

Klaus Kellermann

Tel. 0481 78769126
Bahnhofstraße 22a, 25746 Heide

Ulrich Markowsky

Tel. 04841 6622900
Fax 04841 6622980
Einhorn Passage Markt 10-12
25813 Husum



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Auf der Landesvertreterversammlung 2015 beschlossene Leitanträge und Anträge des Landesvorstandes



IVL fordert 1.000 zusätzliche Stellen

Angesichts der Flüchtlingssituation in unserem Land nehmen wir den Ministerpräsidenten beim Wort, dass „Humanität vor Haushaltsdisziplin“ geht und fordern mindestens 1.000 qualifizierte Stellen (Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Psychologen, Dolmetscher und Sprachmittler) zur Bewältigung der auf die Schulen zukommenden Aufgaben.

Masterplan Sozialisation und schulische Integration

Wir fordern von der Landesregierung unter Einbeziehung der IVL-SH einen „Masterplan Sozialisation und schulische Integration“.

Ziele dieses Planes müssen u.a. sein:

- Verbindliche Curricula zur Vermittlung der deutschen Sprache in Wort und Schrift,
- Einheitliche und verbindliche Richtlinien für alle Schulen bezüglich der Vermittlung des deutschen Wertesystems auf der Basis des Grundgesetzes und der Schleswig-Holsteinischen Landesverfassung.
- Dezentralisierung des DaZ- Unterrichts zur Förderung einer besseren Integration vor Ort.

Ergänzung des Schulgesetzes

Binnendifferenzierter Unterricht stößt durch zunehmende Heterogenität an seine Grenzen. Aus diesem Grund for-

dern wir eine Ergänzung des § 43 SchulG dahingehend, dass die Einrichtung abschlussbezogener Klassen/Bildungsgänge an Gemeinschaftsschulen wieder ermöglicht wird.

Begründung:

Die gemäß § 43 SchulG nur mögliche Differenzierung in einzelnen Fächern steht dem Aufbau fester Bindungen zu Mitschülerinnen und Mitschülern, Klassenlehrerin oder Klassenlehrer entgegen. Gerade sozial-emotional auffällige Kinder und Jugendliche bedürfen einer solchen verlässlichen Bindung und Struktur.

Maßnahmenkatalog des MSB

Lehrkräfte und Eltern warten immer noch auf den vom Ministerium angekündigten Maßnahmenkatalog zum Umgang mit „nicht beschulbaren Kindern und Jugendlichen“. Deshalb fordern wir das Ministerium zum dritten Mal auf, einen solchen Maßnahmenkatalog zum Schutz der betroffenen Kinder, ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler und im Rahmen der Fürsorgepflicht für deren Lehrkräfte zu entwickeln.

IT-Infrastruktur an den Schulen des Landes

Wir fordern das MSB auf, alle Schulen in Schleswig-Holstein entsprechend den in den Fachanforderungen formulierten Standards, Wissensbestände und Konkretisierungen mit zeitgemäßen Internetanbindungen (Bandbreite mindestens 50 Mbit/s) schnellstmöglich auszustatten. Das Land als Verursacher muss den Schulträgern ggf. finanziell helfen, diese Forderung umzusetzen.

Begründung:

Ohne die genannten Bandbreiten ist gruppen- oder klassenweises Arbeiten mit dem Internet im Unterrichtsalltag nicht möglich.

Die Beschlusslage zu allen anderen Anträgen finden Sie in der auf unserer Homepage veröffentlichten Antragsmappe.

Liebe Gäste

Lieber Herr Professor Dollase,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als wir das Motto unseres diesjährigen Bildungskongresses auswählten, war nicht abzusehen, dass uns heute nicht nur Erfolg oder Misserfolg der Gemeinschaftsschule beschäftigen wird, sondern auch die Herausforderung der Beschulung Hunderttausender Flüchtlingskinder, die in einem Bundesland mit zweigliedrigem Schulsystem überwiegend in den Gemeinschaftsschulen erfordern und diese vor weitere große Herausforderungen stellen wird.

Kann Gemeinschaftsschule ihr Versprechen der individuellen Förderung aller Kinder und Jugendlichen wirklich einlösen, oder erweist sich dieses Versprechen als Trugschluss und führt genau zum Gegenteil?

Lieber Herr Professor Dollase, diese Thematik werde ich heute ganz Ihnen überlassen. Ich werde mich in meiner Rede politisch aktuellen Themen zuwenden und lediglich am Ende meiner Rede eine kleine Einführung in das Thema Ihres Gastvortrages machen.

Das Ergebnis des Koalitionsgipfels am 1. November war „jämmerlich“, wie Gerald Goetsch in seinem Kommentar in den Lübecker Nachrichten vom 3. November schreibt. Er bezeichnet das erneute Treffen am Donnerstag, 5. November als „letzte Chance der Koalitionäre, ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden“.

Die Frage, wie Deutschland auf diese historische Aufgabe reagiert, taugt nicht für parteipolitische Mätzchen. Es ist nicht der richtige Zeitpunkt verbaler Attacken der verantwortlichen Politiker. Dass sich die Große Koalition so schwer auf gemeinsames Handeln einigt, ist ein fatales Signal. Die Bürger verlieren das Vertrauen in eine handlungsfähige Politik und wenden sich vermehrt von ihr ab. Ängste entstehen, die dazu führen, dass sich die Bürger denen zuwenden, die diese Ängste für sich ausnutzen und weiter schüren.

Gerade eine Große Koalition sollte in schwierigen Zeiten den Menschen Sicherheit vermitteln. Sie kann, wenn es erforderlich sein sollte, sogar Änderungen des Grundgesetzes beschließen.

Das opportunistische Machtgerangel, das führende Mitglieder der Koalition an den Tag legen, bremst dagegen dringend notwendige Entscheidungen. Dabei unterscheiden sich grundsätzliche Ziele nur marginal. Aber man macht einen Nebenschauplatz der Begrifflichkeiten auf und nutzt diesen zu taktischen Spielchen und unsinnigen Attacken, nur um persönliche Eitelkeiten zu befriedigen. Da werden „Transitzonen“ an den Grenzen

schnell zu „inhumanen riesigen Haftanstalten“ und „Einreisezentren“ zu touristischen Wohlfühlloasen.

Schaffen wir doch „Einreisezentren“ an den Grenzen!
Kaum hat man sich darauf geeinigt, wird ein neues Feld des Gerangels aufgemacht.

„Wir schaffen das“ – ja vielleicht, aber wie? Dafür liefert die Politik keine Antworten. Das führt zu Verunsicherung und Resignation. Die Bürgermeister, Landräte und andere Verantwortliche vor Ort werden tagtäglich mit den kaum noch zu bewältigenden Aufgaben konfrontiert.

Sie haben es bisher geschafft. Geschafft ohne politische Eitelkeiten und taktische Spielchen, unterstützt durch eine zivile Gesellschaft, die jene „Willkommenskultur“ gelebt hat, von der Spitzenpolitiker allenfalls reden. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer, ohne die Spendenbereitschaft der Bürger hätte es diese „Willkommenskultur“ nicht gegeben.

Diese Hilfsbereitschaft ist ein ermutigendes Zeichen gegenüber den Berichten über brennende Flüchtlingsunterkünfte. Hass und Gewalt sind einer freiheitlichen Gesellschaft nicht würdig.

Anhaltende Überforderung und Konzeptlosigkeit aber gefährden jede „Willkommenskultur“.

Auf allen staatlichen Ebenen, in den Städten und Gemeinden, bei der Polizei, in Kindergärten und Schulen setzen sich die Beschäftigten bis an die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit ein und leisten eine großartige und hochmotivierte Arbeit. Sie fragen sich aber zunehmend, wie lange sie angesichts von Parteiengezänk und taktischer Spielchen der verantwortlichen Politiker diesen beispiellosen Kraftakt noch leisten können.

Deutlich wird in diesen Tagen und Wochen auch, wie sich der seit Jahren herbeigeführte Personalmangel auswirkt. Auch hier ist die Politik gefordert.

Sie muss Prioritäten setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung sorgen.

Doch häufig fehlen die jetzt so dringend benötigten Fachkräfte. Der Markt ist leergefegt. So war es z.B. schon in den vergangenen Jahren schwierig, genügend Vertretungslehrkräfte für die Schulen zu gewinnen. Die Planstellenzuweisung lag nicht zuletzt auch aus haushalterischen Gründen bei nur 94% in den allgemeinbildenden Schulen. In den beruflichen Schulen lag die Zuweisung bei weniger als 90%.

Nun kommen geradezu unvorstellbare Anforderungen auf die Schulen zu.

Die Einrichtung von neuen DaZ-Zentren bzw. dezentralisierten DaZ-Klassen ist ebenso wie die Reduzierung der

Stellenstreichungen ein erster positiver Schritt. Betont werden muss hier aber, dass es bisher **keine** zusätzlichen Stellen gegeben hat; es wurde lediglich der Stellenabbau reduziert. Aber das wird nicht reichen, um die vielen Flüchtlinge und Asylsuchenden schon in den Aufnahmestellen mit der deutschen Sprache vertraut zu machen. Daher haben wir heute auf unserer Landesvertreterversammlung einen Antrag beschlossen, in dem wir mindestens 1.000 zusätzliche qualifizierte Stellen für Lehrkräfte, Sozialarbeiter, Psychologen und Dolmetscher fordern. Reine Sprachvermittlung und Betreuung traumatisierter Menschen wird keinesfalls ausreichen. Mindestens genauso wichtig ist die „Sozialisation“ und die Vermittlung einer auf unserem Grundgesetz basierenden Werteorientierung. Dazu gehören besonders die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die laizistische Staatsordnung, sowie Toleranz und Rücksichtnahme anderen Gruppierungen gegenüber. Wer vor Krieg und Terror geflohen ist und Sicherheit für sich und seine Familie sucht, muss diese Regeln akzeptieren.

Hier stehen Lehrerinnen und Lehrer vor bisher unvorstellbaren Herausforderungen. Schon jetzt zeigt sich, dass diese Mammutaufgaben wahrscheinlich nicht ohne die „Reaktivierung“ bereits aus dem Arbeitsprozess ausgeschiedener Beamten und Angestellten zu bewältigen sein wird. Zu diesem Zweck hat z.B. Niedersachsen 17.000 pensionierte Lehrerinnen und Lehrer angeschrieben.

Bereits zu Beginn dieses Jahres haben wir der Ministerin den Vorschlag gemacht, pensionierte Lehrkräfte für den anfallenden Vertretungsunterricht aber auch bereits für den Unterricht von Flüchtlingen einzustellen. Dabei müssen nicht nur Kinder und Jugendliche unterrichtet werden, sondern auch die Erwachsenen brauchen Sozialisation, Werteorientierung und Spracherwerb. Der Einsatz pensionierter Lehrkräfte muss aber uneingeschränkt freiwillig sein. Sie dürfen nicht ausgenutzt werden, d.h. die Bezahlung muss fair sein. Hier gibt es im Gegensatz zu reaktivierten Angestellten aber einige Hürden, was die Hinzuverdienstmöglichkeiten anbelangt. Wir sehen es als dringend erforderlich hier schnelle Lösungen anzustreben. Das Gesetz zur Modernisierung des Beamtenrechts, das sich im Gesetzgebungsverfahren befindet, beinhaltet einige Maßnahmen zu dieser Thematik. Diese müssen ggf. in einem gesonderten Verfahren beschleunigt beschlossen werden.

Helmut Siegmon forderte in einer Presseerklärung vom 23. September, dass die Integration der Flüchtlingskinder in Regelschulen erfolgen muss. Diese Forderung ist einerseits sicher richtig, andererseits

aber lässt sie sich gut aufstellen, wenn die eigene Schulart davon wohl kaum betroffen sein wird.

Die Mammutaufgabe „Integration“ wird vor allem in Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen zu leisten sein. Das bedeutet, dass z.B. Gemeinschaftsschulen, deren Lehrkräfte schon jetzt die ständig zunehmende Heterogenität als eine der größten Herausforderungen sehen und sich angesichts dieser Herausforderung Sorgen um den Erhalt von Bildungsqualität machen, diese neue Aufgabe nun zusätzlich leisten müssen.

Damit dieses gelingen kann, sollten Gemeinschaftsschulen weitreichende Entscheidungsbefugnisse über die Gestaltung und Organisation von Unterricht erhalten. Diese Freiheit kann auch darin bestehen, eine äußere Differenzierung bis hin zu eigenständigen Bildungsgängen einzuführen – so wie es bereits eine Kieler Schule seit geraumer Zeit durchführt.

Integration kann nur dann erfolgreich gelingen, wenn Lehrerinnen und Lehrer aber auch Schülerinnen und Schüler nicht über Gebühr belastet werden. Daher gehören alle weiteren Planungen der Ministerin, die Unruhe in die Schulen bringen, auf Eis gelegt. Dazu gehört vor allem die Wiedereinführung einer externen Evaluation, die nur dringend benötigte Ressourcen bindet und zeitaufwändige Fortbildungen erfordert. Zudem Evaluation, die den Schulen nur externe Programme und Ziele überstülpt, überhaupt keinen Sinn macht. Die Schulministerien reden ständig von der „Lernenden Schule“ so Professor Wolfgang Böttcher auf der Fachtagung „Qualitätsverbesserung von Bildung und Unterricht“ in Kiel am 7. November – von „Lernenden Ministerien“ aber hört man so gut wie gar nichts.

Was will man denn evaluieren, wenn Schulen sich im Ausnahmezustand befinden?

Inhalt

Landesvertreterversammlung	5
Bildungskongress	4
Politische Bildung zum Anfassen	8
„Bildungs“-Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck	10
IVL zu den Sparmaßnahmen beim IQSH	14
Geburtstage	14
Beitragsordnung der IVL-SH	15
Impressum	7

Die geheimen Wünsche Eurer alten und neuen Landesfrauenvertreterin

Nun war es wieder so weit: Unser Landesdelegiertentag in Nortorf am 10. November 2015 hat uns viel Schwung und Mut für das nächste Jahr gegeben.

Professor Dollase hielt seinen Vortrag über das große Versprechen, Grete Rhenius machte Sprachspielchen und kam auf das große Verbrechen.

Fazit der ganzen Sache: Seien wir mutig, Dinge offen anzusprechen – denn wir haben in unserem Land eine Demokratie mit Meinungsfreiheit, was manchmal vergessen wird oder nicht zugelassen wird –, sehen wir Schulstrukturen als immer offen an und innere Differenzierung als Beschreibung des Problems, nicht als dessen Lösung.

Ich wünsche mir weiter so eine wohltuende Offenheit. Ich wünsche mir Menschen, die uns an diese Offenheit erinnern, wie in Nortorf geschehen.

Für alle Damen unseres Standes wünsche ich mir abschlussbezogene Klassen, damit das Unterrichten wieder Freude macht, damit wir sehen, dass unsere Arbeit Früchte trägt, an all den motivierten Schülern.

Wir haben erfahren, dass wir uns nicht 3-teilen können. Wir haben erfahren, dass Ruhe in der Klasse nur durch straff geführten Unterricht erreicht wird. Die Schüler müssen erkennen, wer ihr „Leithammel“ ist, damit sie respektvoll diesem folgen und von ihm lernen können.

Es sitzen derzeit gezwungenermaßen so viele verschiedenen begabte Kinderseelen in einer Klasse. Da gibt es immer dieselben, die Minute für Minute jeden Tag in der Schule erleben, dass neben ihnen jemand sitzt, der immer alles schneller weiß, der einfach immer gute Ergebnisse hat. Wie fühlen sich diese Kinder? Täglich wird auf ihrer Seele herumgetrampelt.

Prof. Dollase nannte das Beispiel eines älteren Flüchtlings, der in einem Deutschkurs sitzt und unglücklich ist, weil er schon in seiner Heimat erlebte, dass er nicht derjenige war, der weiterkam. Und nun hier schon wieder! Da sollen wir doch einfach anerkennen, dass es nicht für alle Menschen nur einen Schulweg, ein Endziel gibt, egal, ob alt oder jung, und dass alle Menschen ein Recht auf Wachsen ihres Selbstbewusstseins haben, das in einer so heterogenen Klasse nicht entstehen kann.

Was nützt uns z. B. eine Kleinstadt voller Abiturienten, wenn in dieser Stadt Menschen mit mittlerem Bildungsabschluss für die Firmen im Umkreis benötigt werden?

Meine Wünsche schließen die vielen jungen Lehrerinnen ein, die in Vorbereitungen fast ersticken, weil man von ihnen ständig mehrere Anspruchsniveaus verlangt. Sie könnten sich intensiv auch um einzelne Schüler kümmern, wenn die Lerngruppen homogen wären – und sie könnten sich auch um ihre eigenen Kinder kümmern.

Ohne den jetzt noch verlangten Spagat würde dann gleich etwas für ihre eigene Gesundheit getan und für die Gesundheit der Schüler ebenfalls.

Zu diesem Thema werde ich noch mehr auf einer Veranstaltung in Königswinter hören, wenn dort ein Seminar für Frauen zum Thema „Stressbewältigung für Frauen – zwischen Leistungsanspruch und Lebensqualität“ stattfindet.

Dann träume ich davon, dass wieder mehr Entbindungsstationen im Land entstehen und Schließungen von diesen Stationen in Krankenhäusern und Geburtshäusern zurückgenommen werden, damit die Mütter in der Nähe ihrer Familien entbinden können und ein paar Erholungstage danach nicht belastet werden von der Sorge um die weit entfernt wohnende Familie.

Ich schreibe das hier mit voller Absicht auf, denn ich hoffe, dass irgendjemand es liest, der es weitergibt und jemanden trifft, der sich für meinen Traum einsetzt.

In diesem Sinne wünsche ich allen Frauen und Männern unserer Zunft eine schöne Vorweihnachtszeit, ein frohes Fest und ein gesegnetes neues Jahr.

Ihre Elke Pries-Hoffmann

Sie finden uns auch
im Internet unter
www.ivl-sh.de

Viele Kolleginnen und Kollegen beklagen zunehmende Disziplinlosigkeit der Schülerinnen und Schüler. Manche Kinder sind schon in der 5. Klasse nahezu unbeschulbar. Es gelingt nicht eine konzentrierte Unterrichtsatmosphäre zu schaffen, obwohl Sonderpädagogen und Schulbegleiter die Fachlehrkraft unterstützen. Ein geordneter Unterricht, der diesen Namen verdient, ist oft nicht möglich.

Ich frage mich, warum die Ministerin, obwohl sie viele Schulen im Land besucht, davon scheinbar nichts weiß. Werden ihr nur die „funktionierenden Klassen gezeigt? Schickt man besonders auffällige Schüler an dem Besuchstag nach Hause? Dürfen Lehrerinnen und Lehrer sich zu den immensen Problemen nicht äußern? Bekommen sie von Seiten der Schulleitung einen „Maulkorb“ verpasst, oder trauen sie sich selbst nicht, die tagtäglichen Probleme offen anzusprechen? Haben sie Angst als Versager oder unfähiger Pädagoge dazustehen?

Natürlich bedarf es einer gehörigen Portion Zivilcourage das Nichtvorhandensein simpler Unterrichtskultur offen

anzusprechen, Lösungsvorschläge von Seiten des Ministeriums einzufordern, oder gar den Verlust von Bildungsqualität anzuprangern.

Untereinander sprechen Lehrerinnen und Lehrer bedeutend offener; sie machen keinen Hehl aus ihrer Frustration und manchmal auch Hilfslosigkeit angesichts der unbefriedigenden Situation in den Schulen. Sie fühlen sich allein gelassen.

Schreiben Sie uns ihre Beobachtungen, schreiben Sie über Ihre Erfahrungen. Wir können die Situation an unseren Schulen nur anprangern, wenn wir konkrete Beispiele kennen und nennen. Wir werden Ihre Berichte selbstverständlich anonymisieren; Schulnamen und Orte werden nicht genannt.

Vielleicht können wir so darauf aufmerksam machen, dass Gemeinschaftsschule oft nicht ihr großes **Versprechen** hält, sondern häufig Gefahr läuft sich zu einem großen **Verbrechen** an Schülern, Lehrkräften und Eltern zu entwickeln.

Grete Rhenius

Betrifft E-Mail-Adresse

Liebe IVL-Mitglieder,

E-Mails ermöglichen eine schnelle und komfortable Form der Kommunikation. Voraussetzung dafür ist, dass man im Besitz einer aktuellen E-Mail-Adresse des Empfängers ist. Deshalb bittet Sie der IVL-Landesgeschäftsführer Michael Strobel, ihm die Neueinrichtung eines E-Mail-Postfachs oder die Änderung Ihrer E-Mail-Adresse mitzuteilen. Am besten mit einer kurzen E-Mail an: **info@ivl-sh.de**

Impressum:

Das „IVL-SH-Magazin“ wird von der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL-SH) herausgegeben. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Auffassung der IVL-SH darstellen.

IVL-SH Landesvorsitzende:

Grete Rhenius
Körnerstr. 27, 23564 Lübeck
Tel./Fax: 0451 / 505 87 40
E-Mail: grete.rhenius@ivl-sh.de

IVL-Geschäftsstelle:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

IVL-Pressereferent:

Tade Peetz
Stückenberg 15, 24226 Heikendorf
Tel.: 0431 / 2 39 19 35
E-Mail: tade.peetz@ivl-sh.de

Redaktionsanschrift:

Mühlenweg 23, 24640 Schmalfeld
Tel.: 0 41 91 / 6 02 62
Fax: 0 41 91 / 6 09 13
E-Mail: info@ivl-sh.de

ISSN 2191-9070

Homepage: www.ivl-sh.de

Redaktion:

Harro Rhenius, Tade Peetz

Herstellung:

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH
Ingolstädterstr. 102, 85276 Pfaffenhofen
Tel.: 0 84 41 / 8068-0
Fax: 0 84 41 / 8068-68
www.humbach-nemazal.de

Politische Bildung zum Anfassen ...

Originalbegegnung mit „Brüssel“ steigert Verständnis für EU

Unter „Brüssel“ wird umgangssprachlich nahezu jede Einrichtung der Europäischen Union subsumiert, die Einfluss auf die deutsche Politik nimmt, ohne direkt dafür verantwortlich gemacht werden zu können. Ob es sich um den Krümmungsgrad von Salatgurken oder Seilbahnvorschriften in Flachregionen handelt – ein paar Beispiele kennt jeder, mit denen „Brüssel“ für Kopfschütteln gesorgt hat. Wie kann man die offensichtlichsten Vorurteile gegenüber „Brüssel“ ausräumen und wie lassen sich die sperrigen EU-Themen für den Unterricht aufschließen, waren bereits die Leitfragen einer ersten Exkursion der Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig Holstein (IVL) im Herbst 2014.

In einer Fortsetzungsveranstaltung Ende September dieses Jahres, die ebenfalls wieder vom für Schleswig-Holstein zuständigen Jugendoffizier der Bundeswehr, Hauptmann Picker, vorbereitet worden war, gab es Gelegenheit, die bekanntesten Machtzentren der EU, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament in Brüssel, näher kennenzulernen. Der Zufall wollte es, dass sich infolge der sich zuspitzenden Flüchtlingsproblematik zeitgleich auch der Rat der Innenminister und die europäischen Regierungschefs in der belgischen Hauptstadt aufhielten, was der Exkursion zu einer zusätzlichen Note von Authentizität verhalf.

Die Arbeit des Europäischen Parlaments hatten die Teilnehmer bereits vor einem Jahr in Straßburg erlebt, so dass sich der aus Tschechien stammende EU-Mitarbeiter,

Dr. Paul Cernoch, auf Nachhilfe-Impulse beschränken konnte. Bei seinen Erläuterungen zum Budgetrecht des Hauses, seinem Einfluss auf die Wahl des Kommissionspräsidenten oder seinen Kontrollaufgaben gegenüber Kommission und allen übrigen EU-Institutionen brillierte Cernoch außer in den tragenden EU-Sprachen auch in beschwingtem Sächsisch, Schwyzerdütsch und norddeutschem Platt.

Eine Sternstunde journalistischen Selbstverständnisses erlebte die Gruppe bei ihrem Besuch in der Brüsseler ARD-Redaktion. Büroleiter Ralph Sina hielt den Teilnehmern und Teilnehmerinnen ein hochwertiges Kolleg über deutsche Pressearbeit im Ausland und arbeitete dabei die Unterschiede zwischen Deutschlands Einfluss und Ansehen in den Vereinigten Staaten und dem auf die Brüsseler Szene heraus. Während deutsche Journalisten in den USA wenig bekannt sind und kaum über Kontakte in den inneren Kreis politischer Entscheidungsträger verfügten, stünden ihnen in Brüssel alle Kanäle offen. Es war interessant, Sinas persönliche Meinung zur kritischen Qualität der aus Italien und über den Balkan heraufziehenden Flüchtlingsströme zu erfahren. Sie erschütterten die EU erstmals – noch nachhaltiger als die Griechenlandkrise – in ihrer Existenz. Er rechne mit keinem Durchbruch bei den anstehenden Verhandlungen in absehbarer Zeit, sondern mit vielen kleinen Teilschritten, zu denen immer wieder neue Beteiligte ins Boot geholt werden müssten: die Türkei, die arabischen Golfstaaten oder Russland. Ein ernsthafte Beschädigung der EU durch die Flüchtlingsfrage schließe er nicht aus. Gleichzeitig machte er aber auch Mut, indem er auf EU-Mitarbeiter aus der zweiten Reihe verwies, die ihre Materie bis in die Wurzeln beherrschten und intime Kenner aller Abstimmungstricks seien. Ihre Arbeit ermögliche Lösungen, die gegnerische Vorbehalte bereits in der Planungsphase mitdächten und schon im Verhandlungsvorfeld berücksichtigten.

Die Rolle der Europäischen Kommission im europapolitischen Geschehen erläuterte in zwei umfassenden Fachvorträgen Prof. Dr. Ralf von Ameln. Sensibel beschrieb er das Spannungsverhältnis zwischen dem Rat der Regierungschefs, dem Ministerrat und der Kommission, dem eine subtile Dramaturgie bei der Entscheidungsfindung entspricht. Auf Ministerebene können Dispute noch mit einer gewissen Schärfe ausgetragen werden. Damit beruhige man sowohl die Regierung wie



Dr. Paul Cernoch erklärt vielsprachig das Parlamentsplenum
Fotos: vdr-ba



Delegationsleiterin Grete Rhenius bedankt sich beim Brüsseler ARD-Redaktionsleiter Ralph Sina für seine Einführung in die EU-Berichterstattung

auch die Opposition im eigenen Lande. Träten die Regierungschefs zusammen, könne man in der Regel davon ausgehen, dass sich Lösungswege bereits in ihren Grundstrukturen abzeichneten.

Auch v. Ameln ging ausführlich auf die Flüchtlingskrise und ihre Bedeutung für die Union aus der Sicht der Kommission ein. Das EU-Recht unterscheide zwischen Flüchtlingen, Asylbewerbern und Migranten. Mit ihrem Status seien unterschiedliche Rechtspositionen verbunden. Eine wichtige Aufgabe stelle sich der EU durch immer wieder bekannt werdende Missbrauchsfälle. Der „Juncker“-Plan, benannt nach seinem Schöpfer, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, wolle das EU-Recht gegenüber Zuwanderern vereinheitlichen, alle Mitgliedstaaten durch feste Vereinbarungen über aufzunehmende Kontingente, Ausgleichszahlungen u.a.m. in die Pflicht nehmen und die Zusammenarbeit der Behörden verbessern.

Ein Besuch beim Goethe-Institut in der belgischen Hauptstadt rundete das Bild europäischer Einrichtungen ab. Die Leiterin, Frau

Schenk, konnte ihre Einrichtung mit eindrucksvollen Zahlen vorstellen. In den 160 Instituten in 94 Ländern werde ein seit 2013 ansteigendes Interesse am Erlernen der deutschen Sprache beobachtet. Alle Goethe-Institute zusammen betreuten zur Zeit 266.000 Sprachlerner, weltweit gebe es 12,8 Mio. Menschen, die Deutsch lernten. Das Angebot der Brüsseler Dependance sei vielfältig. Man stehe in Kontakt zu belgischen Partnerschulen und unterstütze sie durch Aktionen wie „Ticket nach Berlin“ oder „Interaktives Lernen“. Außerdem nehme man Sprachprüfungen ab, unterstütze kulturelle Veranstaltungen aller Art und habe sogar einmal ein deutsches Symphonieorchester zur Vertonung eines Stummfilms vermittelt.

Mit der Beteiligung eines Jugendoffiziers der Bundeswehr als Veranstalter hatte die Exkursion natürlich auch eine sicherheitspolitische Komponente. Während der Hinfahrt stellte sich das Wunstorfer Lufttransportgeschwader 62 mit einem aktuellen rüstungspolitischen Highlight, dem Transportflugzeug A 400 M vor. Auf der Rückfahrt stattete die Gruppe dem NATO-Hauptquartier „SHAPE“ in Mons einen Besuch ab. Die jüngsten außenpolitischen Entwicklungen auf der Krim und im Mittleren Osten haben in der westlichen Sicherheitspolitik und bei ihren militärischen Stäben zu einem Umdenken geführt. Die Parole „von Freunden umzingelt“ hat nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Russland und Ost-Europa nicht lange gehalten. Neue Wachsamkeit ist gefragt.

Karlheinz Kaden



IVL-Delegierte vor Fahngalerie des Europäischen Parlaments

„Bildungs“-Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck beim Bildungs-Tag der ZEIT-Stiftung ‚chancengerecht.bilden‘ im Theater Kampnagel in Hamburg am 6. November 2015

Mit der Bildung verhält es sich in unserem Land wie mit dem Fußball. Zu den 80 Millionen Bundestrainern gesellen sich fast ebenso viele Bildungsexperten. Und das ist ja ganz verständlich – denn wir alle machen unsere eigenen Erfahrungen mit Bildung. Wir alle haben eine Schule besucht. Das ist eine der prägenden Erfahrungen des Lebens. In der Schule werden oft Freundschaften fürs Leben geknüpft. Wer im Beruf angekommen ist, der besucht Weiterbildungen und Seminare und nimmt wieder die Rolle des Schülers ein.

Bildung ist ein hochemotionales Thema. So vieles im weiteren Leben hängt von gelingender Bildung ab. Wöchentlich begegnet uns die Bildung in den Medien, häufig in Gestalt von Prozentzahlen, von Studien und Statistiken. Im Gegensatz zum Fußball können wir die „Bildungsrepublik“ Deutschland aber nicht gleich in den Rang des amtierenden Weltmeisters erheben. Das wäre angesichts der starken internationalen Konkurrenz vermessen und aufgrund der unterschiedlichen Bildungssysteme in der Welt auch nicht sinnvoll. Und doch ist ganz klar, dass wir in Deutschland über ein außerordentlich leistungsfähiges Bildungssystem verfügen, dessen Qualität und Vielfalt – ich denke auch an die berufliche Bildung – weltweit hohes Ansehen genießen. Das lässt sich aussprechen, ohne Mängel und Missstände zu beschönigen.

Rein quantitativ hat es nie so viel Wissen und so viel Bildung gegeben in Deutschland. Das verdanken wir zuallererst der langen Zeit des Friedens und der wirtschaftlichen Prosperität unseres Landes. Viel ist auch in der Bildungspolitik erreicht worden. Der Bildungsstand der deutschen Bevölkerung verbessert sich weiter, genauso die Chancen, sich zu bilden und weiterzubilden. Es gibt mehr Studienanfänger denn je. Und die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken – aller Voraussicht nach wird sie in Zukunft aber nicht weiter in dem Maß sinken, wie sich der Bildungsgipfel dies 2008 vorgenommen hatte.

Eines jedoch hat sich bislang nicht verbessert: Seit Jahrzehnten diskutieren wir in Deutschland über Chancengerechtigkeit. Es ist die große Konstante der deutschen Bildungspolitik: Noch immer hängt Bildungserfolg in Deutschland stark – zu stark! – von der sozialen Herkunft ab.

Darüber möchte ich heute sprechen – und zwar ohne ein grundsätzliches bildungspolitisches Lamento anzustimmen. Weder werde ich Klage führen über eine sich ab-

zeichnende oder bereits eingetretene „Bildungskatastrophe“, noch über „Bildungs-panik“ oder die „Bildungsfalle“. Es ist auch nicht meine Absicht, mich an Strukturdebatten zu beteiligen. Ich möchte heute gemeinsam mit Ihnen einen Blick auf die Bildungswirklichkeit in unserem Land werfen, jedenfalls auf den Teil, bei dem Herkunft und Chancen besonders sichtbar beieinander liegen. Lassen Sie mich Ihnen dazu von einer Schule in meiner Nachbarschaft berichten.

Ganz in der Nähe von Schloss Bellevue, meinem Berliner Amtssitz, liegt im Stadtteil Moabit die Hedwig-Dohm-Schule, eine Integrierte Sekundarschule. Was dort geschieht, hilft zu verstehen, was eigentlich gemeint ist, wenn wir von Benachteiligung reden. Der Moabiter Kiez ist vielerorts ein raues Pflaster. Die Hedwig-Dohm-Schule ist eine von zehn Berliner Schulen, die der Berliner Senat „Schule in schwieriger Lage“ nennt und die entsprechend unterstützt werden. Sie hat 450 Schülerinnen und Schüler. Fast alle kommen aus sozial schwachen Familien, auch aus Migrantenfamilien. Die Schülerschaft verteilt sich auf dreißig Nationalitäten.

Es gibt Schüler, die fehlen jedes Jahr an achtzig Tagen. Die Schüler kommen einfach nicht, und keinem gelingt es, diese Kinder zur Schule zu bringen. Sie wachsen in Elternhäusern auf, die mit dem Begriff der „Bildungsferne“ gar nicht adäquat zu erfassen sind. Denn in vielen dieser Elternhäuser gibt es weder Arbeit noch Regeln.

Manche Eltern schaffen es zum morgendlichen Schulbeginn ihrer Kinder nicht einmal, das Bett zu verlassen und ihren Kindern ein Frühstück zuzubereiten. Sie scheinen nicht zu verstehen, welche Schwierigkeiten sie ihrem Nachwuchs dadurch machen.

So kommen Kinder, wenn überhaupt, immer wieder verspätet und hungrig in der Schule an. Die Lehrer, so berichtet der Schulleiter, müssen ihnen dann manchmal begreiflich machen, dass nun der Unterricht beginnt und dass sie das Schulgebäude nicht noch einmal verlassen dürfen, um sich etwas zu essen zu kaufen. Auch für die Lese- und Lernpaten, die ehrenamtlich in die Schule gehen, ist es nicht einfach – sie ernten keineswegs nur Dankbarkeit von den Schülern.

Manche Eltern oder Elternteile sprechen kein Deutsch, und sie sind auch in ihrer Muttersprache Analphabeten. Viele von ihnen haben Schwierigkeiten, in Deutschland zurechtzukommen. Oft fehlt die Brücke zwischen der Schule und der Familie. Dafür ist Sprache nicht der einzige Grund

– mal sind es kulturelle Hürden, mal ist es Desinteresse, mal Unsicherheit.

Es geht mir hier nicht darum, ein allzu düsteres Bild zu zeichnen. Aber ich möchte darauf hinweisen, welche Anstrengungen notwendig sind, um dem Begriff der Chancengerechtigkeit in diesem Umfeld Bedeutung zu geben. Vor 50 Jahren war das katholische Mädchen vom Lande Sinnbild eines Bildungssystems, das nicht allen gleich Talentierten gleiche Chancen gewährte oder aus dem sich bestimmte Gruppen selbst ausschlossen, indem sie auf Abschluss oder weiterführende Bildung verzichteten. Heute sind es die Jungen aus den städtischen Unterschichten und aus Familien mit Migrationshintergrund, denen die Gesellschaft ihre Aufmerksamkeit widmen muss.

Wenn ich heute die Hedwig-Dohm-Schule nenne, möchte ich auch darauf hinweisen, was an einer solchen Brennpunktschule schon heute geleistet wird, vor allem von den Lehrerinnen und Lehrern. Denn sie sind es, die mit den Kindern jene Verlässlichkeit einüben, die sie von zu Hause nicht kennen und doch Grundlage allen Lernens ist. An der Hedwig-Dohm-Schule gehen die Lehrerinnen und Lehrer und alle Mitarbeiter von der Frage aus: Was können wir bestmöglich für den einzelnen Schüler tun? Ihre Einstellung lautet: Wir setzen bei der konkreten Situation jedes einzelnen Schülers an.

Ein Beispiel, das zugegebenermaßen nicht alltäglich ist, aber gerade deswegen auch zeigt, wie viel möglich ist: Da kam ein neuer Schüler an die Schule. Er war quasi strafversetzt, da er kriminell geworden war und, wie sich herausstellte, drogenabhängig. Er war in einer verzweiferten Lage. Und auf diese Situation reagierte die Schule. Sie vermittelte ihm zunächst ein Praktikum, damit er wieder Struktur in seinen Alltag bringen konnte. Den Kontakt zur Schule hielt der Schüler zunächst durch einen wöchentlichen Unterrichtstag. So fand er in die Routine des Unterrichts zurück. Er machte in jener Zeit einen Entzug. Schließlich schaffte er den Schulabschluss und fand einen Ausbildungsplatz. Ein scheinbar Gescheiterter bekam eine zweite Chance – und er hat sie genutzt.

Dies ist zweifellos eine Geschichte, die Mut macht und für die Arbeit der Schule spricht. Die Geschichte ging gut aus, weil es ein Netzwerk von Hilfeleistenden gab. Alle hatten dasselbe Ziel: die alleinerziehende Mutter des Jugendlichen, das Jugendamt, die Jugendgerichtshelfer, die Schulleitung, die Lehrerinnen und Lehrer, der Sozialarbeiter der Schule. Wir sehen hier: Erfolge sind möglich, aber sie brauchen einen langen Atem und einen großen Einsatz. Und sie brauchen genau auf den Schüler zugeschnittene Unterstützungsmaßnahmen – vielleicht auch einen zweiten oder dritten Anlauf.

In schwieriger Lage können viele helfende Hände notwendig sein, in der Schule und darum herum. Nicht allein den



Bundespräsident Joachim Gauck

Foto: Manfred Busch

Lehrerinnen und Lehrern darf aufgebürdet werden, wie Schüler zu Leistung motiviert und zum Durchhalten bewegt werden können. Zumal sie den Anspruch, jedem einzelnen Schüler gerecht zu werden, oft nur dann einlösen können, wenn sie mehr Zeit und mehr Zuwendung aufbringen, als es ihre Dienstpflicht eigentlich vorsieht. Die Erfahrung lehrt: Auf die Haltungen der Lehrerinnen und Lehrer kommt es an.

Lehrerinnen und Lehrer sind oft das Ziel von Hämme und Kritik. Dabei leisten sie in unserem Land Tag für Tag beinahe Unglaubliches. Viele von Ihnen gehen an ihre physischen und psychischen Grenzen, um Lehrer zu sein. Lehrer – das ist einer der wichtigsten, einer der schönsten und einer der schwierigsten Berufe. Ich bin dankbar für Ihr großes Engagement, liebe Lehrerinnen und Lehrer, dankbar für Ihren Idealismus, den Sie mit Geduld und Tatkraft verbinden, und diesen Dank gilt es heute einmal auszusprechen.

Mag das Beispiel der Hedwig-Dohm-Schule auch drastisch sein: Wir sehen, wie wichtig es ist, vom Einzelnen, von seinen Talenten, von seinen Stärken und von seinen Schwächen auszugehen. Wirkliche Chancengerechtigkeit darf sich nicht auf die formale Gleichheit beschränken.

Die Aufklärung gab den Menschen gleiche Rechte. Zu Recht erwarten wir daher von unseren Bildungseinrichtungen, dass sie allen Schülerinnen und Schülern gleiche Ausgangsbedingungen garantieren. Aber gleiche Rechte können ungleiche Begabungen und Fähigkeiten nicht wettmachen. Sie können auch ungleiche soziale Voraussetzungen und mentale und kulturelle Prägungen nicht gänzlich ausgleichen. Wichtig ist es daher, formale Gleichheit durch spezifische Förderung zu ergänzen, damit Menschen das erreichen können, was ihre Fähigkeiten erlauben. Das ist der zentrale Anspruch, hinter den unsere

Gesellschaft, besonders unsere moderne Einwanderungsgesellschaft, nicht zurückfallen darf: Bei gleichen Begabungen muss es gleiche Aufstiegsmöglichkeiten geben. Dann liegt es auch an jedem Kind selbst, an jedem Jugendlichen, seine Chance zu ergreifen und Hilfe anzunehmen. Da kommt das „Wollen“ ins Spiel. Es braucht eben auch die Bereitschaft, sich anzustrengen.

Es ist heute ein Mann im Saal, dessen Biographie nicht nur viel über diesen inneren Antrieb und dieses Wollen erzählt, sondern ebenso über die beflügelnde Wirkung von Schule und Lernen: Philip Opprong Spenner wuchs als Waisenkind auf den Straßen Nairobis auf und arbeitet heute als Lehrer in Hamburg. Und er hat einmal gesagt: „Die Schule war die Quelle meines Selbstbewusstseins. Ich habe gesehen: In mir steckt etwas. Die Schule war mein Himmel.“

Ihre Bildungserfahrungen, Herr Spenner, haben Sie in Ost-Afrika und in Deutschland gemacht. Sie begegneten in Kenia Menschen, die dafür sorgten, dass Sie zur Schule gehen konnten. Ein deutscher Arzt adoptierte Sie, Sie kamen nach Deutschland und führten Ihr Studium in Hamburg fort, nach Sprachunterricht und Studienkolleg. Und damit sind Sie ein Beispiel dafür, was im deutschen Bildungssystem möglich ist, wenn ein bildungshungriger junger Mensch Chancen und Unterstützung erhält. Und dass sich hier Bildungsbiographien fortschreiben lassen, die in anderen Ländern, in anderen Teilen der Welt begonnen haben.

Was außerhalb der Schule geschieht, prägt das Lernen und das Leben an der Schule entscheidend mit. Und deshalb liegt es auf der Hand, dass wir die Schulen nicht mit Erwartungen überfrachten dürfen. Schule kann nicht der Reparaturbetrieb einer ganzen Gesellschaft sein, sie kann auch nicht all das kompensieren, was von Seiten der Eltern in den ersten Lebensjahren eines Kindes versäumt wurde.

Aus der Forschung wissen wir, dass nicht die materielle Armut selbst, sondern deren Begleitumstände die gesellschaftlichen Chancen von Kindern mindern – zum Beispiel ein geringer Bildungsgrad, mangelnde Fürsorge oder auch fehlender Aufstiegswille im Elternhaus. Entscheidend ist also, dass Kinder in einem positiven, von emotionaler Sicherheit geprägten Umfeld aufwachsen – mit Vätern und Müttern, Geschwistern und Freunden, die sie als Vorbilder betrachten können, und mit einer sozialen und kulturellen Umgebung, die ihnen Halt gibt.

Väter und Mütter tragen auch dazu bei, dass Kinder die Bereitschaft entwickeln können, sich anzustrengen. Denn wer wüsste nicht, dass man im Alter von 13 Jahren andere Sorgen, andere Bedürfnisse und oft auch andere Interessen hat als Schule und Bildung. Eine positive Einstellung zu Lernen und Leistung – das muss im Elternhaus vorgelebt und aufmerksam begleitet werden. Eltern und häufig auch Großeltern befähigen und ermutigen Kinder, sich

aufzumachen und die Welt mit offenem Geist und Taten-drang zu entdecken.

Vor wenigen Wochen hörte ich einen Vortrag des Bildungsforschers Marcus Hasselhorn. Eindrucksvoll legte er dar, dass Bildung und Erziehung in den ersten Lebensjahren das wichtigste Fundament für das spätere Leben bilden. Frühkindliche Bildung ist auch Schlüssel zu erfolgreicher Integration. Eng damit verbunden ist der Spracherwerb. So können soziale Unterschiede verringert werden.

Mit frühkindlicher Bildung und Erziehung hat Deutschland Erfahrung: Kindergarten, dieses deutsche Wort ist weltweit ein Begriff. Aber das ist es nunmehr seit rund hundert Jahren, und wir stehen vor der Aufgabe, diesen Begriff mit neuem Inhalt zu füllen. Darin liegt für unser Land auch die Chance, in der frühkindlichen Bildung noch besser zu werden. In dieser frühen Lebensphase können Benachteiligungen ausgeglichen werden. Denn was hier versäumt wird, ist nicht mehr oder nur schwer aufzuholen.

Wenn sich der Bildungserfolg so maßgeblich in den Familien entscheidet, dann müssen wir auch bei den Familien ansetzen. Dann müssen Familien ermutigt werden, sich stärker für das Fortkommen ihrer Kinder zu interessieren und darauf achten, dass sie ihre Freizeit sinnvoll verbringen. Dafür ist oft kein ausreichendes Bewusstsein vorhanden. Umso erfreulicher ist es, vom positiven Beispiel lernen zu können. Ich werde nachher die Familie Yarbas treffen. Familie Yarbas, so wird mir berichtet, lebt schon seit Jahrzehnten in Deutschland. Die Eltern stammen aus der Türkei und haben sich hier in Deutschland kennengelernt. Die Familie, ja die Familie, bekam ein Stipendium. Das bedeutete Akademietage für Kinder und Eltern.

Ihr Sohn Yakup-Abdullah besucht seit seiner Realschulprüfung die gymnasiale Oberstufe und möchte Informatiker werden. Begleitend besucht er einen Deutsch-Kurs. Seine Mutter hat seinen Weg und den seiner Geschwister immer eng begleitet und engagiert sich ehrenamtlich für andere Kinder. Und Yakups Vater hat die Arbeitslosigkeit hinter sich gelassen, ist heute Taxiunternehmer und hat sich durch einen Englischkurs weiterqualifiziert. Liebe Familie Yarbas, Ihr Beispiel zeigt, welche Kräfte in einer Familie freigesetzt werden, wenn sie gemeinsam aufbricht. Sie können stolz darauf sein, dieses Experiment gewagt zu haben. Und Dir, Yakup, wünsche ich, dass Du all Deine Ziele erreichen wirst!

Weit verbreitet ist die Vorstellung, eine gelingende Arbeitsbiographie könne nur die Folge einer gelungenen Schulbiographie sein.

Dabei besteht – und das ist gut so – in unserem Land eine Vielzahl an Angeboten und an Beratung, an Projekten und an Initiativen für jene jungen Menschen, die in der Schule, Berufsschule oder auch im Studium scheitern. Aber muss

notwendigerweise im Leben scheitern, wer in der Schule scheitert?

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, das Beispiel von Thomas Fischer, der heute Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof ist. Dorthin kommen nur ganz besonders qualifizierte Juristen. In einem Interview sagte er über sich: „Ich war ein völliger Schulversager.“ Seine Schulzeit bezeichnete er als „ein einziges Desaster“. Eigentlich habe er ohnehin „Rockstar“ werden wollen, und so brach er die Schule ab, in der er nicht mehr viel Sinn sah. Doch der Plan von der Musikerkarriere scheiterte bald, und das führte ihn zurück an die Schule, wo er schließlich das Abitur machte. Er schrieb sich im Fach Germanistik ein, hatte nebenbei verschiedene Jobs und brach das Studium nach wenigen Semestern wieder ab. Danach arbeitete er als Paketzusteller. Einige Jahre später begann er mit dem Jurastudium – und fand schließlich seinen Weg.

Manchmal muss man vielleicht scheitern, um eine neue Weggabelung zu finden, das Ziel neu zu justieren, um bei sich selbst anzukommen. Und vielleicht müssen wir manchmal auch eine neue Sicht auf das Scheitern entwickeln – und wahrnehmen, dass tatsächliche Neuanfänge möglich sind. Gut, wenn es dann Unterstützung und Unterstützer gibt. In diesem Fall war es die Leitung von Fischers Gymnasium, das ihm eine zweite Chance gab, das Abitur zu machen. Es waren dann Hochschullehrer und später waren es auch Vorgesetzte und Kollegen. Menschen, die sein Potenzial und seine Begabungen erkannten.

Immer noch versuchen wir viel zu sehr, im Berufsleben die Fassade einer Lückenlosigkeit aufzubauen und zu erhalten. Das steht aber im Gegensatz zu allen menschlichen Erfahrungen. Wenn wir einerseits den Wert des lebenslangen Lernens hochhalten, wenn immer mehr Flexibilität und Offenheit von den Lernenden und den Arbeitnehmern gefordert wird, dann kann es nicht andererseits starre Erwartungen geben, wie eine Biographie auszusehen hat. Dann sollten wir den Blick – auch hier! – auf das Individuelle und damit auf die Stärken einer Person lenken. Dann sollte der lückenlose Lebenslauf weniger zählen als das, was die Person „im Lauf ihres Lebens“ gerade auch durch Schwierigkeiten oder durch zeitweiliges Scheitern dazugelernt hat. Da brauchen wir nicht weniger als ein Umdenken in der Gesellschaft.

Es lohnt sich, einige alte Gewissheiten auf den Prüfstand zu stellen. Vermutlich wird es sogar unausweichlich sein. Unsere Gesellschaft und mit ihr unser Bildungssystem werden sich massiv verändern.

Das gilt insbesondere heute, wo so viele Menschen Zuflucht in unserem Land suchen. Kaum jemand unter den Flüchtlingen spricht Deutsch. Sie kommen aus Ländern mit anderer Kultur, anderer Religion, anderen politischen

Ordnungen. Zum Teil sind sie gut ausgebildet und können bald in das Berufsleben integriert werden; zum größeren Teil aber sind ihnen Grund- und Fachkenntnisse noch zu vermitteln. Umso mehr müssen wir uns anstrengen in der Ausbildung von Lehrern. Nicht nur brauchen sie die nötigen sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen – sie brauchen auch das nötige Fachwissen zur Vermittlung dessen, was unsere freiheitlich-demokratische Ordnung ausmacht. Die Schule ist eben auch ein Ort, der Werte vermitteln muss. Nur dann kann Bildung die Integrationswirkung entfalten, die ihr zugeordnet ist.

Hier in Hamburg ist diese Entwicklung schon sehr deutlich spürbar. Viele Flüchtlinge sind in diese Stadt gekommen. Die Reaktion der Bürgergesellschaft ist eindrucksvoll: Ich nenne stellvertretend für ganz viele die Ehrenamtlichen, die sich im Projekt „Weichenstellung“ der ZEIT-Stiftung als Mentoren für Kinder aus Flüchtlingsfamilien engagieren. Mir ist von Familie Hassan berichtet worden, deren zehnjährige Tochter Basant von der Mentorin Yagmur Celik unterstützt wird, die wiederum selbst aus einer Migrantenfamilie stammt. Basant besucht nach ihrem ersten Jahr der Förderung nun ein Hamburger Gymnasium. Ihre Mentorin sagt über sie: „Sie hat sich in dem ersten Jahr sehr geöffnet und traut sich zu, auch einen erweiterten Wortschatz anzuwenden [.]“ Da sehen wir: Neben der konkreten Sprachkompetenz gibt es eine andere wesentliche, eine emotionale Komponente. Das Kind spürt: Jemand glaubt an mich. Und es beginnt sich zu öffnen und neues Selbstvertrauen zu schöpfen.

Bei neuen Lösungen können auch der gewachsene Optimismus und die ausgeprägte Toleranz der jungen Generation helfen. Wir können diese Lösungen zwar nicht über Nacht herbeizaubern, aber wir können heute die richtigen Weichenstellungen vornehmen.

Dabei können wir an ein starkes Bildungssystem anknüpfen, an viele Initiativen und Projekte, die über Jahre entwickelt worden sind und sich bewährt haben. Die Bedeutung der Schule wird nicht geringer, sie wird wichtiger werden.

Die Aufgabe und die Verpflichtung, Chancengerechtigkeit in unserem Land sicherzustellen, werden uns schon deshalb dauerhaft begleiten, weil wir als Einwanderungsgesellschaft noch mehr gefordert sein werden. Viele Bürger werden ihre Schulkarriere nicht in Deutschland begonnen haben oder aus Familien stammen, die zugewandert sind. Jede und jeder verdient ihre und seine Chance, egal woher sie stammen, ob aus dem Inland oder aus dem Ausland. Das alles bringt Aufwand, Mühe und Kosten mit sich. Aber es ist der Anspruch, den eine Gesellschaft der Freien und Gleichen an sich selbst haben muss. Wir tun gut daran, uns diesem Anspruch zu stellen. In ihm zeigt sich, wer wir sind und wer wir sein wollen.

IVL zu den Sparmaßnahmen beim IQSH: Das Schulministerium verwechselt Gas und Bremse

Die Interessenvertretung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein (IVL) lehnt die Sparmaßnahmen, die durch die neue Arbeitszeitverordnung für Studienleiter am Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH) durchgesetzt werden sollen, strikt ab.

Seit November 2009 sieht eine Dienstvereinbarung zwischen dem Schulministerium und dem IQSH eine Arbeitszeitreglung für Studienleiter vor, dass deren Arbeitszeit in Pauschalen abgerechnet wird. Die Rahmenbedingungen dafür sollen sich nach dem Willen der Schulministerin Britta Ernst (SPD) nun ändern – sprich: verschlechtern, indem die Anerkennung der Fahrzeiten der Studienleiter zu den Ausbildungsschulen als Dienstzeit um fast ein Viertel gekürzt wird.

„Wenn den Studienleitern seitens des Ministeriums empfohlen wird, schneller zu fahren, um die nun avisierten Zeitkontingente zu erwirtschaften, grenzt dies schon fast an Zynismus. Erstens: Ministerin Ernst betont allerorten, wie wichtig die Ausbildung der Referendare sei – abgehetzte Ausbilder sind einer guten Ausbildung dabei wohl kaum zuträglich. Zweitens: Wer die Verkehrsinfrastruktur des Landes Schleswig-Holstein kennt, kann

nicht allen Ernstes verlangen, 80 Kilometer in 45 Minuten zurückzulegen“, erklärt die IVL-Landesvorsitzende Grete Rhenius.

Anstatt die Arbeitsbedingungen für Studienleiter und Lehrkräfte stetig zu verschlechtern, z.B. durch fast jährlich wechselnde Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen, wäre es aus Sicht der IVL seitens des Schulministeriums dringend geboten, für eine Entlastung zu sorgen.

Rhenius: „Um im Bild zu bleiben – Ministerin Ernst verwechselt Gas und Bremse, wenn es um weitere Belastungen für die Ausbilder geht. Letztendlich wird auch dies zulasten der Bildungsqualität in Schleswig-Holstein führen.“

Tade Peetz, Pressereferent



Wir gratulieren

Geburtstage

(Ruheständler ab 65 Jahre)

Januar

- 01.01. Rosemarie Matzen, 24941 Flensburg, 80
- 03.01. Antje Lange, 25746 Heide, 73
- 07.01. Elsa Atkinson, 24768 Rendsburg, 77
- 07.01. Heide Dumbuya, 20251 Hamburg, 72
- 10.01. Ursula Borchers, 24235 Laboe, 78
- 11.01. Hannelore Regber, 24598 Boostedt, 69
- 11.01. Horst Heiduk, 24873 Havetoft, 66
- 12.01. Peter Fick, 23556 Lübeck, 77
- 13.01. Angelika Schmidt-Durdaut, 25884 Viöl, 68
- 13.01. Gudrun Pfennig, 24536 Neumünster, 71
- 14.01. Heinz Grenda, 21521 Aumühle, 88
- 15.01. Eva Zimmermann, 41569 Rommerskirchen, 86
- 20.01. Heinz-Manfred Tischoff, 23626 Ratekau, 80
- 23.01. Barbara Christiansen, 21509 Glinde, 69
- 28.01. Margarete Ihlenfeldt, 24369 Langholz, 84
- 28.01. Ernst-Dieter Winkler, 22941 Bargteheide, 76
- 31.01. Hans-Werner Berg, 25856 Hattstedt, 67

Februar

- 03.02. Heike Martens, 25451 Quickborn, 72
- 05.02. Walter Fiedler, 25821 Bredstedt, 92
- 07.02. Kerstin Holm, 23562 Lübeck, 76
- 07.02. Margrit Bonde, 24582 Bordesholm, 69
- 12.02. Hans-Otto Jessen, 24943 Flensburg, 81
- 12.02. Bernd Richter, 23626 Ratekau, 73
- 11.02. Horst Rapp, 25840 Friedrichstadt, 70
- 13.02. Gisela Krause-Wellnitz, 25849 Pellworm, 81
- 13.02. Hans Joachim Boldt, 24247 Rodenbek, 72
- 16.02. Walter Neuber, 23562 Lübeck, 85
- 16.02. Ingvar Sira, 24937 Flensburg, 74
- 18.02. Uta Walker, 24589 Nortorf, 69
- 19.02. Lutz Worch, 24806 Hohn, 72
- 22.02. Rotraut Köpke, 24161 Altenholz, 85
- 22.02. Hans-Jürgen Kahl, 25852 Bordelum, 81
- 22.02. Horst Lippke, 23568 Lübeck, 66
- 24.02. Horst Meyer, 23909 Ratzeburg, 91
- 24.02. Richard Krafft, 22926 Ahrensburg, 88
- 27.02. Rainer Kutzbach, 25860 Arlewatt, 71
- 28.02. Klaus-Eckart Hewicker, 24306 Plön, 74

Beitragsordnung der IVL-SH

§ 1 Grundsatz

Diese Beitragsordnung ist nicht Bestandteil der Satzung. Sie regelt die Beitragsverpflichtungen der Mitglieder. Sie kann nur von der Landesvertreterversammlung der IVL-SH geändert werden.

2. Die festgesetzten Beiträge werden mit Wirkung ab 1. Januar des folgenden Jahres erhoben, in der der Beschluss gefasst wurde. Durch Beschluss der Landesvertreterversammlung kann auch ein anderer Termin festgelegt werden.

§ 2 Beschlüsse

1. Die Landesvertreterversammlung beschließt die Höhe des Beitrags.

§ 3 Beitragshöhe

Die Beitragshöhe* ab 2016 ergibt sich entsprechend der nachfolgenden Tabelle.

Bes.-/Entgelt-Gruppe	Unterrichtsverpflichtung						Pensionäre Rentner	
	über 75% bis 100%		über 50% bis 75%		bis 50%		monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe	monatl. Beitrag	Beitragsgruppe		
A 9	10,90 €	B 01	8,60 €	B 08	7,60 €	B 15	6,10 €	B 22
A 10	12,00 €	B 02	9,90 €	B 09	8,50 €	B 16	6,70 €	B 23
A 11	13,20 €	B 03	11,10 €	B 10	9,40 €	B 17	7,40 €	B 24
A 12	14,40 €	B 04	12,40 €	B 11	10,40 €	B 18	7,90 €	B 25
A 13	15,50 €	B 05	13,70 €	B 12	11,30 €	B 19	8,60 €	B 26
A 14	17,10 €	B 06	14,90 €	B 13	12,40 €	B 20	9,20 €	B 27
A 15 & >	18,70 €	B 07	16,10 €	B 14	13,30 €	B 21	10,00 €	B 28
EG 9	9,40 €	A 01	8,10 €	A 06	5,50 €	A 11	4,70 €	A 16
EG 10	10,50 €	A 02	9,20 €	A 07	6,50 €	A 12	5,30 €	A 17
EG 11	11,60 €	A 03	10,40 €	A 08	7,60 €	A 13	6,00 €	A 18
EG 12	12,90 €	A 04	10,70 €	A 09	8,60 €	A 14	6,70 €	A 19
EG 13	14,40 €	A 05	12,30 €	A 10	10,00 €	A 15	7,60 €	A 20
Gruppe							monatl. Beitrag	Beitragsgruppe
Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst							4,50 €	S 01
Studierende, Arbeitslose, beurlaubte Lehrkräfte, Beschäftigte (unter 1 Jahr)							2,00 €	S 02
Beschäftigte (mindestens 1 Jahr)							6,20 €	S 03

* **Hinweis:** Gemäß Beschluss der Landesvertreterversammlung vom 20.11.2014 ist der Beitrag entsprechend den Veränderungen der Gehälter und Vergütungen der Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein jeweils zum 01.01. eines Jahres anzupassen, das auf den Veränderungstermin folgt.

§ 4 Bankeinzug

1. Die Mitgliedsbeiträge werden zu folgend Terminen eingezogen

15.02. – 15.05. – 15.08. – 15.11.

Danach tritt automatisch Verzug ein.

- Beitragsrückstände werden rückwirkend bis zu drei Jahren erhoben.
- Jedes Mitglied ist verpflichtet, eine Änderung seines Beschäftigungsumfanges oder der Besoldungs – bzw. Entgeltgruppe und seiner Bankverbindung unverzüglich der Geschäftsstelle mitzuteilen.
- Ein falsch angezeigtes Beschäftigungsverhältnis oder Beitragsrückstände von mehr als drei Monaten führen zum Verlust des Versicherungsschutzes. Die Nachweispflicht obliegt dem Mitglied.
- Gebühren für Rücklastschriften werden, sofern der Widerspruch unbegründet war, dem Mitglied in Rechnung gestellt.

Eingezogene Beiträge gelten nach acht Wochen nach Buchungsdatum als anerkannt.

- Für Mitgliedsbeiträge, die nicht mittels Lastschrift abgebucht werden, fällt zum Mitgliedsbeitrag eine zusätzliche Kostenpauschale von 5,00 € pro Quartal an.
- Der Landesvorstand setzt den Mitgliedsbeitrag für Partner von Mitgliedern und fördernde Mitglieder gesondert fest.

§ 6 Stundung

Auf Antrag kann der Vorstand die Stundung – im Falle sozialer Härten auch den Erlass der Beiträge für höchstens ein Jahr beschließen.

§ 7 Wirksamwerden

Die Beitragsordnung wurde am 10.11.2015 in der vorliegenden Fassung beschlossen und tritt unmittelbar nach der Beschlussfassung in Kraft.

Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

BBBank-Filialen in Schleswig-Holstein

- Filiale Flensburg, Angelburger Straße 4, 24937 Flensburg
- Filiale Kiel, Kleiner Kuhberg 2-6, 24103 Kiel
- Filiale Kiel, Schönberger Straße 24, 24148 Kiel
- Filiale Kronshagen, Kopperpähler Allee 121, 24119 Kronshagen
- Filiale Lübeck, Holstenstraße 11, 23552 Lübeck
- Filiale Neumünster, Waschpohl 6, 24534 Neumünster



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst